

Antrag

Initiator*innen: LAG Demokratie und Recht (dort beschlossen am: 16.10.2025)

Titel: **Schutz von Einsatzkräften besser und umfänglicher ausgestalten**

Antragstext

1 Unzählige Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte sorgen tagtäglich für
2 Sicherheit, Schutz und professionelle und zuverlässige Hilfe. Das Funktionieren
3 unserer Demokratie und unserer Gesellschaft ist auf den ehrgeizigen und
4 engagierten Einsatz aller Helferinnen und Helfer dringend angewiesen – egal ob
5 hauptberuflich oder im Ehrenamt.

6 Mit Erschrecken ist festzustellen, dass vor allem diejenigen, die ihren Alltag
7 damit verbringen, das Leben für alle besser zu machen, immer häufiger verbalen
8 und vor allem auch körperlichen Angriffen ausgesetzt sind. Angriffe auf
9 Einsatzkräfte jeder Art sind zugleich Angriffe auf unsere Werte, unseren
10 Rechtsstaat und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, die wir nicht
11 akzeptieren und tatenlos hinnehmen dürfen. Unser erklärtes Ziel ist es daher,
12 die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Einsatzkräfte so zu gestalten und zu
13 verbessern, dass auch in Zukunft die Ausübung dieser gesellschaftlich wichtigen
14 Tätigkeit möglich ist.

15 Durch die Schaffung der §§ 114 und 115 des Strafgesetzbuches (Tätlicher Angriff
16 auf Vollstreckungsbeamte oder ihnen gleichstehende Personen) hat der deutsche
17 Gesetzgeber gezeigt, dass er den Handlungsbedarf erkannt hat. Doch trotz
18 Beschreibung neuer Straftatbestände steigt die Zahl an Übergriffen – vor allem
19 auch körperlicher Art – immer weiter an. In den vergangenen 10 Jahren hat sich
20 die Zahl der Straftaten gegen Polizeivollzugsbeamte um knapp 40 %, die Zahl der
21 Opfer sogar um 70 % erhöht. Auch bei Feuerwehr und sonstigen Rettungsdiensten
22 sind die Zahlen nicht weniger erschreckend: bei ihnen wurde ein Anstieg der

Anzahl der Straftaten um 35 % sogar in nur sechs Jahren erreicht, die Opferzahl stieg im selben Zeitraum um 42 %. Über 90 % der Einsatzkräfte berichten, in den vergangenen 12 Monaten Opfer von verbaler, nonverbaler und/oder körperlicher Gewalt geworden zu sein.

Für uns ist daher klar: es besteht konkreter und dringender Handlungsbedarf. Gewalt gegen Einsatzkräfte darf nicht vernachlässigt werden, sondern muss als reales Problem ernst genommen werden. Über die Hälfte der Befragten geben in Studien an, auf konfliktreiche Situation nicht vorbereitet zu sein. Eine zielgerichtete Prävention zum Schutz der Einsatzkräfte muss dringend erfolgen. So sollen Einsatzkräfte geschult werden, auf Konfliktsituationen besser vorbereitet zu sein. **Daher fordern wir die Landesregierung auf, finanzielle und personelle Mittel für entsprechende Schulungen, Kurse und Angebote bereitzustellen.** Wer sich täglich zum Schutze des Gemeinwohls in gefährliche Situationen begibt, muss wissen, wie man diese Situationen besser und frühzeitig erkennt, wann und in welchem Umfang man sich verteidigen darf und welche Hilfe und Unterstützung man nach einem Angriff in Anspruch nehmen kann.

Zudem fordern wir die Schaffung einer Schwerpunktstelle bei der saarländischen Staatsanwaltschaft, die sich speziell und ausschließlich um die Bearbeitung von Straftaten gegen Einsatzkräfte kümmert und die personell und finanziell gut ausgestattet werden muss. Wer Einsatzkräfte angreift, greift gleichzeitig unseren Rechtsstaat und unser demokratisches Miteinander an. Hier müssen wir klare Kante zeigen und diejenigen besonders schützen, die sich für unser aller Wohlbefinden einsetzen. Jedoch haben viele Betroffene nicht das Gefühl, dass Angriffe auf sie angemessen wahrgenommen und geahndet werden. Verfahren dauern lange, werden eingestellt oder verlaufen aus sonstigen Gründen im Sande. 30 % der Einsatzkräfte melden körperliche Übergriffe überhaupt nicht, da sie sich hiervon keinerlei Konsequenzen erhoffen. Die Schaffung einer Schwerpunktstelle adressiert dieses Problem und sichert eine einheitliche, konsequente und schnelle Bearbeitung. Zudem zeigen wir allen Einsatzkräften, dass wir ihnen in ihrem Einsatz für unsere Gesellschaft an der Seite stehen und sie nicht auf sich alleine gestellt sind.

Begründung

Begründung ergibt sich aus Antragstext. Weitergehende Begründung erfolgt mündlich.

Zahlen, auf denen die Angaben im Text beruhen.

Angriffe gegen Polizei:

Bundesweit: 2015 --> 2023 Saarland: 2015 --> 2023

Taten: von 34.000 auf 47.000 = + 40 % von 483 auf 592 = +23%
Opfer: von 63.000 auf 107.000 = + 70 % von 1281 auf 1685 = + 32%

Angriffe gegen Feuerwehr und sonstige Rettungsdienste:

Bundesweit: 2018 --> 2024

Taten: von 2018 auf 2737 = + 35 %

Opfer: von 2797 auf 3971 = + 42 %

Quellen:

<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/GewaltGegenPVB/GewaltGegenPVBBundeslagebild2015.html?nn=60092>

<https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/GewaltGegenPVB/GewaltGegenPVBBundeslagebild2023.html?nn=60092>

https://sirw.rms2cdn.de/files/docs/Abschlussbericht_Gewalt%20gegen%20Einsatzkr%C3%A4fte.pdf

https://www.drk-westfalen.de/fileadmin/Eigene_Bilder_und_Videos/Downloads/Notfallnachsorge/Merkblatt_Handlungshilfe_Gewalt_gegen_EK_kurz.pdf

https://www.krimz.de/fileadmin/dateiablage/E-Publikationen/Rau_Leuschner_-_Gewalterfahrungen_von_Rettungskraeften_-_Manuskript_NK_3-2018.pdf

<https://justizministerium.hessen.de/presse/anstieg-der-verfahren-zu-straftaten-gegen-einsatzkraefte>

<https://justizministerium.hessen.de/presse/pressearchiv/respekt-gegenueber-den-einsatzkraeften-gefordert>